



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierzehntägig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 1,25 Mark, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter
vbigem Titel im Post-Belegregister.

Für die Wochen vom 20. bis 26. Oktbr. und 27. Oktbr. bis 2. Novbr. sind die Beitragsmarken in die mit 43 resp. 44 bezeldneten Felder des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Dresden hat in ihrer Mitgliederversammlung am 1. Oktober beschlossen, die erste Beitragsklasse für die Dresdner Mitglieder außer Kraft zu setzen. Hierzu erteilt der Verbandsvorstand seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand

i. V.: E. Bucher, 2. Vorsitzender.

„Der Rot gehorchend, nicht dem eignen Zrieb“

haben die herrschenden und besitzenden Klassen auf einen Teil ihrer politischen Vorrechte in Deutschland verzichtet und den Volksmassen ein gewisses Mitbestimmungsrecht in staatslichen Angelegenheiten eingeräumt. Es sind Vertreter der Sozialdemokratie in die Regierung aufgenommen worden, man hat ein neues Reichsamt für Sozialpolitik und Arbeiterfragen errichtet und auch in wirtschaftlichen Dingen soll die Stimme des Proletariats mehr als bisher gehört werden. Der freiheitliche Wind, der gegenwärtig in den oberen Regionen weht, wird heftigsten manchen Unrat aus der behörblichen Kumpelkammer fortblasen und die alten Perücken und Böpfe gründlich kiffen. Der Zug zur Demokratie wird viele Hemmnisse und Hindernisse hinwegräumen, die das aufstrebende Proletariat in Fesseln schlugen und ihm den Aufstieg zur politischen und wirtschaftlichen Freiheit erschwerten. Jetzt erst kann die deutsche Arbeiterklasse zeigen, was sie auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens zu leisten vermag und wie sie es versteht, die bisherige, vorwiegend kritisierende Stellung in eine schaffende, aufbauende umzuwandeln. In dieser positiven Arbeit müssen und werden sich die Gewerkschaften in allererster Linie zu beteiligen haben.

So errenlich nun auch die Tatsache ist, daß man endlich in Preußen-Deutschland der demokratischen Entwicklung die Bahn freigemacht hat, so dürfen wir darüber nicht vergessen, daß man diesen Schritt nur mit Widerstreben getan hat — gewissermaßen auf Widerruf — und daß wir deshalb alle Veranlassung haben, das Errungene festzuhalten und gegen die späteren Angriffe der Rückschrittler zu verteidigen. Auch müssen wir uns stets bewußt bleiben, daß es sich bei der gegenwärtigen Demokratisierung nur um einen Anfang handelt und daß es für uns darauf ankommt, den demokratischen Gedanken in Staat und Gemeinde voll und ganz zu verwirklichen und ihn auch in Wirtschaftslieben, also im Gebiete der Gütererzeugung und der Güterverwaltung sowie in den Arbeitsbetrieben, allmählich durchzusetzen. Daß hierzu noch eine zähe, andauernde Arbeit innerhalb der proletarischen Organisationen er-

forderlich ist, und daß hierbei die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung eine unabwiesbare Notwendigkeit ist, braucht einem vernünftigen Menschen wohl nicht erst gesagt zu werden. Gerade die erreichten Erfolge sollen uns zu neuen Erfolgen anfeuern und diese neuen Erfolge werbet nur dann zu erreichen sein, wenn das deutsche Proletariat einträchtig zusammensteht und unter Ausbietung all seiner Geistes- und Willenkräfte seine Pflicht und Schulbigkeit in vollem Maße tut.

Ein Rückblick auf die Vorgänge der letzten Wochen lehrt uns wieder einmal die geschichtliche Wahrheit erkennen, daß die Oberschichten mit Blindheit geschlagen sind, weil sie es niemals verstehen, die Zeichen der Zeit richtig zu würdigen und im richtigen Augenblicke den Volksmassen Entgegenkommen zu zeigen. Welch erhebenden Eindruck würde es gemacht haben, wenn sie unter dem Einfluß des Weltkrieges, als alle Volksschichten opferfreudig dem bebrängten Vaterlande zu Hilfe eilten, dem deutschen Volke freiwillig und aus edlem Herzen die Demokratisierung zum Geschenk gemacht hätten. Aber daran wurde nicht gedacht. Nur wenige, weit-sichtigere Männer hatten erkannt, daß eine Demokratisierung unanschießlich sei und daß es deshalb im Interesse der herrschenden und besitzenden Klassen liege, dem Volk aus freier Entschlieung heraus das Mitbestimmungsrecht und das Recht auf Mitarbeit zu geben, anstatt es sich stückweise aus den Jähnen reißen zu lassen. Aber sie predigten tauben Ohren, und die übergroße Mehrheit ihrer Klassengenossen verharrete störrisch und dickköpfig auf ihrem ablenhenden Standpunkte. Erst als der Zusammenbruch bevorstand und ihnen die bleiche Angst auf dem Gesicht stand, erklärten sie sich mit schlotternden Knien als feige Memmen bereit, den Rückzug anzutreten und ihre Bedenken gegen eine Demokratisierung „bis auf weiteres“ zurückzustellen. Bis auf weiteres, das heißt, solange wie die Notlage anhält, wollen sie dem Volke entgegenkommen, ist die Not vorüber, so soll wieder alles beim Alten bleiben. Die Stützen des bisherigen Systems hätten sich wirklich kein erbärmlicheres Zeugnis ausstellen können, als daß sie erklären, nicht das Gerechtigkeitsgefühl zwingt sie zur Demokratisierung, sondern lediglich die Feigheit und die Verzweiflung. Aber so ist es ja zu allen Zeiten gewesen: die bevorrechtigten Schichten haben jedesmal, wenn die Entwicklung zu neuen Zielen drängte, den richtigen Zeitpunkt verpaßt, und sich den Fortschritt abringen lassen, den sie freiwillig hätten gewähren können.

Diese Tatsache, so demütigend sie für die Oberschichten ist, ist für die Unterschichten umso vorteilhafter, weil sie erzieherisch und anfeuern wirkt. Ein Geschenk wird niemals so hoch geschätzt und in seiner Bedeutung so gewürdigt wie etwas, das man sich selbst durch eigene Kraft erarbeitet hat. So ist es auch hier der Fall. Die Tatsache, daß dem deutschen Proletariat die politische Demokratie nicht als ein freiwilliges Geschenk in den Schoß gefallen ist, sondern daß sie es sich hat erkämpfen müssen, stärkt unstreitig das proletarische Klassen- und Selbst-

bewußtsein und feuert die Massen an, das Errungene mit Hörnern und Klauen zu schützen, und nach neuen Erfolgen zu streben. So viel steht fest: die deutsche Arbeiterklasse wird sich niemals wieder nehmen lassen, was sie sich in Jahrzehnte langen Kämpfen erobert hat, sie wird vielmehr auf dem Wege zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie unbeeinträchtigt weiterstreben. Der Erfolg vom Oktober 1918 ist ein weithin sichtbarer Markstein auf dem Wege zum demokratischen Sozialismus, dessen Ziele die Hebung der Menschheit auf eine höhere Stufe kultureller Entwicklung, uns allen aus der dunklen Zukunft als heller Stern entgegenleuchtet.

Die Ausichten der Verbraucher nach dem Kriege.

II.

Die zwei wichtigsten Fragen, von deren Beantwortung die Gestaltung unserer Lebensmittelverhältnisse in der künftigen Friedenszeit abhängt, sind die: Wird es möglich sein, die Erzeugung von Lebensmitteln im Inlande wesentlich zu steigern und das Fehlende vom Auslande in genügender Menge einzuführen und zweitens: wird es möglich sein, die Lebensmittelpreise so herabzudrücken, daß die Massen der Verbraucher instande sind, sich ausreichend Lebensmittel zu erträglichem Preise zu verschaffen? Wenn diese Fragen bejaht werden können, so dürfen wir der Zukunft unseres Volkes beruhigt entgegensehen und auf den wünschenswerten, wirtschaftlichen Aufstieg hoffen, müssen sie verneint werden, so steht uns eine trübe Zukunft bevor.

Von verschiedenen Seiten rechnet man nach dem Kriege mit einer Herabsetzung der Arbeitslöhne und einer daraus notwendig entpringenden Verminderung des Verbrauchs. Die Nachfrage nach Gebrauchsgegenständen werde geringer werden, die breiten Arbeiterschichten müßten sich nach wie vor Einschränkungen auferlegen und dies alles werde auf den Preisstand der Waren drücken. Wir wollen hoffen, daß diese Rechnung falsch ist, und wir würden es bedauern, wenn wir uns hierin irren sollten. Rein volkswirtschaftlich betrachtet würde eine verminderte Nachfrage nach Lebensmitteln auf den Warenmarkt günstig einwirken, vom sozialen und kulturellen Standpunkt aus wäre sie zu bedauern, da eine verschlechterte Lebenshaltung der großen Masse ein Herabdrücken ihrer Gesundheit, Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit bedeutet. Welche verhängnisvolle Einwirkung dies auf den notwendigen Aufstieg unseres Volkes haben müßte, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Glücklicherweise werden die Arbeiter sich eine solche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen nicht gefallen lassen und, wenn sie einig sind, wird es ihnen mit Hilfe ihrer Organisationen auch gelingen, diese Gefahr abzuwenden. Mit einer Verminderung der Nachfrage von dieser Seite aus wird demnach nicht zu rechnen sein, es bleibt uns also nichts anderes übrig, als das Angebot an Lebensmitteln zu steigern.

In erster Linie kommt es darauf an, unsere einheimische Landwirtschaft zu einer höheren Leistung anzufeuern. In dem Zweck müssen unsere Landwirte rationaler als bisher wirtschaften, indem sie die Erzeugnisse der Wissenschaft und Technik für sich nutzbar machen. Ein vorzügliches Mittel hierzu ist die Ausbreitung und Ausgestaltung des ländlichen Genossenschaftswesens, da hierdurch die Möglichkeit gegeben ist, die Vorteile des Großbetriebes mit denen der kleinen und mittleren Betriebe zu vereinen. Ferner wird es nötig sein, die Felder neu urbar zu machen, die Wasserkraften in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen und die Verkehrsmittel zu verbessern. Auch der Kleingartenbau und die Kleintierzucht in der Schrebergärtnerei, wie überhaupt die landwirtschaftliche Eigenverwertung, die schon heute von zahlreichen kleinen Leuten geübt wird, vermag sehr wohl zu einer Steigerung der Lebensmittelherzeugung beizutragen. Daneben müssen Maßnahmen getroffen werden, um die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland nach Möglichkeit zu fördern. In erster Linie ist hier eine vernünftige Zollpolitik vorzuziehen, die die ausländischen Lebensmittel und Rohstoffe ins Land hineinzieht, aber nicht von unsern Grenzen fernhält, auch das Abschließen guter Handelsverträge vermag hierzu beizutragen. Zum Glück für uns wird unser Hauptlieferant, Rußland, nicht seinen Handelsländern, infolge seiner wachsenden Geldverlegenheiten gezwungen sein, uns einen großen Teil seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse zur Verfügung zu stellen. Es liegt somit die Wahrscheinlichkeit vor, daß wir in der künftigen Friedenszeit über ein ausreichendes Angebot an Lebensmitteln verfügen werden, so daß von einer Lebensmittelnot unter normalen Verhältnissen keine Rede sein kann. — Was die Preisgestaltung in der künftigen Friedenszeit anbetrifft, so spielen hier verschiedene Faktoren eine Rolle. Zunächst wird das ausreichende Angebot an Lebensmitteln, das wir vorzusetzen, eine preislenkende Wirkung ausüben, zumal wenn es gelingen wird, unsere Valuta, das heißt, unser Zahlungsverhältnis zum Ausland wieder ungünstig zu gestalten. Sodann wird die voraussichtlich steigende Konkurrenz der Agrarländer eine allzu große Preissteigerung verhindern. Voraussetzung ist natürlich, daß Deutschland sich nicht durch hohe Schutzzölle vom Ausland abschließt und dadurch den einheimischen Landwirten die Möglichkeit gewährt, ihre gegenwärtige Monopolstellung beizubehalten und infolge mangelnder Konkurrenz die Verbraucher zur Zahlung unverhältnismäßig hoher Preise zu zwingen. Selbstverständlich sollen die Produzenten für ihre Erzeugnisse anständige Preise bekommen nach dem Grundsatz, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert ist, aber ihre völlige Alleinherrschaft auf dem Warenmarkt muß gebrochen werden, damit die Verbraucher auch mal wieder aufatmen können.

Auch die Art und Weise der Güterverteilung wirkt auf die Preisgestaltung ein. Werden in die vom Erzeuger zum Verbraucher laufende Kette überflüssige und darum schmarozhafte Zwischenglieder eingeschoben, so werden die Waren unnötigerweise verteuert, wie wir dies beim modernen Kettenhandel deutlich beobachten können. Es ist darum notwendig, daß die Warenverteilung geregelt wird, damit die Ware auf dem kürzesten Wege in die Hand des Verbrauchers gelangt, und es ist auch nötig, daß die Warenverteilung organisiert wird, damit jede Kräftezerpflünderung und Kräftevergeudung vermieden wird. Hier haben die Konsumgenossenschaften eine wichtige Aufgabe zu erfüllen und zugleich sind sie auch Instanzen, der Ringbildung der Produzenten und Händler hemmend in den Weg zu treten. Nur dadurch, daß sich die Verbraucher in Massen zusammenschließen, werden sie zu einer Macht, die ein Gegengewicht bildet gegen den Zusammenschluß der Interessenten des Lebensmittelgewerbes.

Alles in allem genommen sind die Aussichten der Verbraucher nach dem Kriege, wenn auch nicht glänzend, so doch auch nicht ungünstig, vorausgesetzt natürlich, daß wir nicht wieder eine absolute Produzenten-Händlerpolitik treiben und die Verbraucherinteressen gräßlich vernachlässigen, und daß auch die Verbraucher auf dem Posten sind, wenn es gilt, ihre Interessen zu vertreten. Denn das ist eine Tatsache: wie jedes Volk, so hat auch jede Volksgruppe das Los, das es verdient.

Hamburger Brief.

Wenn Hunderttausende von Menschen heute dem trassesten Eigentum huldigen, wenn deren Denken und Trachten nur immer darauf gerichtet ist, wie und wo sie recht viel aus der Not ihrer Mitmenschen herauszuschlagen können, dann möchte man fast verzweifeln. Diese Sorte Menschen waren zu allen Zeiten blutsauger am Körper der Allgemeinheit. Es gibt aber auch noch eine andere Art von Menschen, die schlechter als die anderen umlauern, ob diese nicht irgendwo Futterkrüppen auffinden oder deren Inhalt verbessern, an die sie sich dann ebenfalls schnell herannachen, um die besten Broden an sich zu reißen, ohne etwas dafür getan zu haben. Ja, es gibt leider noch Menschen, die nie begriffen haben und anscheinend auch nie zu befehlen sind, daß sie einer großen Gemeinschaft angehören, innerhalb welcher sie als Mensch mit Menschen zu leben haben.

Aus dem wüsten Treiben der Kriegsjahre ragen wie granitne Felsen die Arbeiterorganisationen hervor. Zu ihnen gehören die deutschen Gewerkschaften. Wenn schon in der Friedenszeit diese Organisationen sich äußerst lebensfähig und segensbringend für die Arbeiterschaft erwiesen haben, so hat die Kriegszeit im besonderen gezeigt, daß

ihnen nicht ebenbürtig zur Seite gestellt werden kann. Die Gewerkschaften sind heute der Hort, wo das arbeitende Volk seinen Schutz und seine Wehr findet. Wie würde es heute mit den Arbeitern allein in der Lohnfrage bestellt sein, hätten sie nicht ihre starke Gewerkschaft gehabt. Millionen von Mark zahlten die deutschen Gewerkschaften in der Kriegszeit an Unterstützungen an ihre Mitglieder und Millionen von Mark konnten sie durch ihre Tätigkeit den Mitgliedern an Lohnerhöhungen zuführen. Kostlos haben sie immer wieder gearbeitet, um zum Teil wenigstens die ungeheuren Preissteigerungen zu lindern. Wenn diese auch nicht restlos ausgeglichen werden können, so sind aber doch bedeutende Lohnerhöhungen in den einzelnen Berufen durch die Gewerkschaften errungen worden. Daß es unmöglich ist, alles das, was durch Wucher und verkehrte Wirtschaftsmaßnahmen verteuert worden ist, durch den Lohn auszugleichen, ist verständlich. Darüber will ich hier auch gar nicht reden. Nur feststellen will ich, wie wichtig für die Arbeiterschaft die Gewerkschaften geworden sind. Sie werden auch in der kommenden Friedenszeit an erster Stelle stehen müssen, wenn es gilt für die Interessenten der arbeitenden Bevölkerung auf das Kraftvollste einzutreten; das wird geschehen, und deshalb ist auch mein Glaube an die arbeitende Menschheit noch nicht zerstört. Ich bin der festen Überzeugung, daß nach diesem ungeheuren Unglück sich das arbeitende Volk sein Glück schnell und groß zurechtzimmern wird und kraftvoll alles aus dem Wege räumt, was sich seinem Aufstiege hindernd in den Weg stellen will. Das wird aber nur möglich sein, wenn die Arbeiterschaft sich zu einem Ganzen zusammenschließt und im Rahmen dieses Ganzen ihre volle Schuldbigkeit tut. In dieser Beziehung haben gerade die Gewerkschaften während der Kriegszeit bewiesen, was Ehrlichkeit im Wollen und Handeln zu leisten vermag.

Die Gewerkschaftsbewegung brauchte nicht zu tasten, sondern sie ist auch in diesen schweren Jahren fest und sicher ihren Weg gegangen und hat ihr Ziel, für das Wohl der Arbeiterschaft zu wirken, immer klar vor Augen gehabt. Auch unser Verband ist nicht zurückgefallen und wir können mit Zug und Recht behaupten, daß er tüchtig für die Interessen der Kollegenschaft gewirkt hat. Unablässig waren wir tätig gewesen, die Lage unserer Mitglieder zu heben und wo das nicht in dem gewollten Maße geschehen konnte, da lag es nicht an der Organisation, sondern an jenen Berufsangehörigen, die den Weg zu ihr noch nicht gefunden hatten oder nicht finden wollten. Aber wir können überzeugt sein, daß die kommende Zeit es auch diesen Angehörigen empfindlich einhämmern wird, wohin sie gehören. Wir aber, die wir im Rahmen der Organisation stehen, wollen mit dem, was wir geschaffen haben, noch lange nicht zufrieden sein. Wir wollen uns immer und immer wieder geloben,

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

Von A. Knoll,
Vertreter der Generalkommission im Verband zur Förderung Deutscher Theaterkultur.

II.

Das Programm des Verbandes zur Förderung Deutscher Theaterkultur.

Was der Verband bezweckt, das sagt uns kurz und klar ein von demselben herausgegebenes Merkblatt:

Was will der Verband zur Förderung Deutscher Theaterkultur?

Der Verband bezweckt den Zusammenschluß aller Deutschen zur Hebung und Förderung des deutschen Theaters, als Pflegestätte der Kunst, im Geiste deutscher Bildung und Gesittung. Er will vor allem das Theater allen Schichten des deutschen Volkes zugänglich machen, das Verständnis für die nationale Bühnenkunst und ihre Bedeutung wecken und Mißstände im Theaterwesen bekämpfen. (§ 2 der Satzung).

Der vom Verein bezweckte Zusammenschluß aller Kräfte des Volkes (Behörden, Vereine,

Theater, schaffende und ausübende Künstler, Einzelpersonen) erfolgt auf paritätischer Grundlage unter Wahrung der Freiheit künstlerischen Schaffens und Denkens, sowie der Selbstständigkeit der angeschlossenen Körperschaften. (§ 4 der Satzung).

Nach 1½-jährigem Bestehen zählt der Verein bereits 11 000 Mitglieder. 190 Verbände und Vereine mit insgesamt 3½ Millionen Mitgliedern sind ihm beigetreten, bezugleich etwa 50 Städte und Landkreise. In verschiedenen Provinzen und Bundesstaaten sind Provinzial- bzw. Landesauschüsse gebildet, denen in erster Linie die Lösung der Wandertheaterfrage obliegt.

Der Verband widmet sich gleichzeitig mit Eifer der Bildung von Ortsvereinen, die in über 100 deutschen Städten bereits eingeleitet ist und die in etwa 40 Städten bereits erfolgreich arbeiten. In den größeren Städten, die ein eigenes Theater besitzen, ist es die Aufgabe der Ortsvereine, die Theaterleitung in ihrer künstlerischen Arbeit zu unterstützen, durch geeignete Einrichtungen die Vorstellungen allen Kreisen des Volkes zugänglich zu machen und auf den Geschmack veredelnd einzuwirken. Auch kann durch die literarisch interessierten Kreise die Förderung besonderer Kunstgattungen betrieben werden.

In den kleinen Städten ohne eigenes Theater tritt der Ortsverein als Organ der Gesamtheit der Bevölkerung an die Stelle der Bühnenleitung, er beseitigt im Zusammenwirken mit der Stadtverwaltung das System der Zufälligkeiten, das bis jetzt das Kennzeichen des Theaterlebens in den meisten kleinen Städten ist und bei dem es ganz in das Belieben umherreisender Truppen gestellt ist, mit welcher Nachahmung minderwertiger Großstadtposen sie die Stadt beheliden wollen. Der Ortsverein arbeitet einen Winterplan aus, bei dem auch auf die Einrichtung von Volks- und Schillerveranstaltungen Bedacht genommen wird, er ermöglicht den gemeinnütigen Wandervorstellungen oder benachbarten Bühnen eine genügend große Zahl von Vorstellungen, organisiert den Besuch und sorgt für die notwendige geistige Vorbereitung. Er unterbindet zugleich umherreisenden minderwertigen Truppen die Möglichkeit, schlechte Aufführungen zu geben.

Er hofft er durch das Zusammenwirken aller Kräfte mit der Unterstützung der Behörden und unter Führung der Sachleute, dem deutschen Theater im Geistesleben des deutschen Volkes den Platz zu erringen, der ihm gebührt und es dem geistigen Wachstum und dem Kulturfortschritt des ganzen Volkes dienlich zu machen.

kräftig weiter zu arbeiten, um das Los unserer Berufsangehörigen besser zu gestalten. Und daß wir dazu imstande sind, das hat uns die vergangene Zeit gelehrt.

Wenn in den Jahren 1915 und 1916 ein Rückgang unserer Organisation zu verzeichnen war, so können wir heute wohl mit Freude konstatieren, daß es wieder aufwärts geht. Wir in Hamburg haben in den Kriegsjahren besonders schwer im Druckgewerbe leiden müssen, denn wir sind nicht in der Lage, lagen zu können, Hamburg sei eine Druckstadt wie es von Leipzig, Stuttgart, München und Berlin gesagt werden kann, trotzdem Hamburg die zweitgrößte Stadt von Deutschland ist. In den Hamburger Druckereien werden zum größten Teil nur Arbeiten verfertigt, die wir als den sogenannten Schnellschuß bezeichnen. Die Arbeiten, die in den Druckereien in der Hauptsache hergestellt werden, rekrutieren sich aus dem Handel und aus der Schifffahrt und Handel und Schifffahrt liegen darnieder, und wenn uns nicht die Kriegsarbeiten zugeführt worden wären, hätte wohl manche Druckerei ihren Betrieb einstellen oder ganz bedeutend einschränken müssen. Dann ist hier im Verhältnis zu anderen Städten eine bedeutend große Zahl von allergeringsten Betrieben am Orte, Druckereien mit einem Gehilfen, oder nur mit einer Hilfsarbeiterin gibt es hier eine ganze Reihe. Große Druckereien, wie sie Berlin, Leipzig und auch wohl München haben, kennen wir überhaupt nicht. Eine Ausnahme macht höchstens die Verlags-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, sonst haben wir nur mittlere Betriebe und von diesen auch nur eine geringe Zahl.

Wie schwer die Organisierung der Berufsangehörigen ist, wird nur der wissen, der Jahrzehnte hindurch die Agitation zu leisten hatte. Wenn auch durch Statistiken bewiesen ist, daß ein großer Teil des Hilfspersonals bodenständig ist und viele der Kollegen und Kolleginnen ein ganzes Menschenalter dem Beruf treu geblieben sind, so ist immerhin die Fluktuation unter dem Hilfspersonal und zwar am meisten unter dem weiblichen nicht sehr klein und größer wird sie, wenn die Entlohnungsverhältnisse keine guten sind. Die vielen kleinen Druckereien zu überblicken und zu überwachen, hält äußerst schwer. Wie häufig mußten wir feststellen, daß Kolleginnen Jahre hindurch schon unter dem Tariflohn arbeiteten und zwar manchmal um 2-3 M. Ein reines Geschenk wurde seitens der Arbeiterin dem Prinzipal gebracht, Furcht vor Entlassung, Unwissenheit und Gleichgültigkeit ließ solche Ungehörigkeit geschehen. Wenn diese Kolleginnen von uns befragt wurden, haben sie uns die Wahrheit vorenthalten, nur dann erst, wenn die Stellung endlich einmal verlassen wurde, stellte sich heraus, daß unter dem Tarif bezahlt worden ist. Mit den Teuerungszulagen geht es ebenso. Es gibt ja leider heute immer unorganisierte Kolleginnen, die ständig unter Tarif arbeiten.

Hamburg hat wohl nach Berlin vor dem Kriege die höchsten Löhne für das Hilfspersonal gehabt, diese Löhne haben jedoch lange noch nicht die Höhe der Löhne der Berliner Kollegenschaft erreichen können. Im Buchdruckertarif ist für Hamburg genau wie für Berlin, 25 Proz. Lokalaufschlag, vorgesehen, da sollte man meinen, dem Hilfspersonal würde auch diese Steigerung des Lohnes zukommen, dem ist aber nicht so. Es war also der Hamburger Kollegenschaft nie möglich, die Berliner Löhne zu erreichen. Woran hat das gelegen? Diese Frage ist nicht so sehr schwer zu beantworten. Einmal lag es daran, daß bevor unsere Organisation hier ins Leben gerufen wurde, die Löhne überhaupt ein ganz Teil niedriger waren, als in Berlin. Es handelte sich, wie ich feststellen konnte, bei männlich und weiblich um 2-3 M. Dann war die Organisationsmöglichkeit für die Hamburger Kollegenschaft nicht in der Art vorhanden, wie das in Berlin möglich gewesen ist. Das Verhältnis ist ja heute im verstärkten Maße noch vorhanden. Die jetzigen beiden Zahlstellen Hamburg und Berlin sind gleichen Alters, denn sie zählen 28 Jahre und trotzdem ist in der Größe und Ausdehnungsmöglichkeit zwischen Berlin und Hamburg im Verhältnis zur Größe der Städte ein gewaltiger Unterschied. Wir konnten also in dem ersten Jahrzehnt unseres Bestehens kaum unseren Forderungen den nötigen Nachdruck geben und so sind denn auch bei dem Abschluß des

ersten Tarifs unsere Löhne wiederum unter den Sägen der Löhne unserer Berliner Kollegenschaft geblieben und haben sich bis heute auch erhalten. Es muß in der Zukunft darauf gesehen werden, und wir Hamburger müssen alle unsere Kraft aufwenden, diese bestehende Differenz zwischen den Hamburger und Berliner Löhnen auszugleichen. Der Anfang ist ja eigentlich jetzt in der Kriegszeit gemacht worden und zwar trifft das bei den Teuerungszulagen zu, allerdings nur bei der Zulage für die Kollegen. Leider sind wir bei den Kolleginnen mit der Teuerungszulage wieder zurückgeblieben und sogar München hat uns diesmal überholt.

Wir hatten in Hamburg und haben sie ja eigentlich noch, einen Tariflohn für die männlichen Hilfsarbeiter von 26,50 M. und für die weiblichen einen solchen von 16,50 M., zu diesen Löhnen kommt seit dem 1. August d. Js. die Teuerungszulage von 20 M. für männliche, zusammen also 55,50 und für die weiblichen von 15 M., dazu kommen vom Dezember ab 5 M. und 2,50 M. Nun sind ja dies die minimalen Sägen, in Wirklichkeit stehen die Löhne höher.

Die Kollegenschaft hat zum größten Teil in dieser schweren Zeit des Krieges unermüdlich bewiesen, daß sie treu zur Fahne steht und daß es für sie Lebensbedürfnis ist, der Organisation anzugehören und auf dem Wege des Organisationslebens ihre Rechte im Arbeitsverhältnis zu vertreten. Organisatorisch und agitatorisch hat die Hamburger Kollegenschaft ebenfalls in dieser schlimmen Zeit ihre Pflicht nicht vernachlässigt, wenn auch mutlose Augenblicke vorhanden gewesen sind, so hielt es doch immer wieder: „Nicht verzagt und vorwärts!“

Wir haben zum Teil unseren Lebensunterhalt durch die Teuerungszulagen verbessern können und wenn die ungeheure Verteuerung auch durch die Erhöhungen des Lohnes nicht wettgemacht worden ist, so ist aber doch zu sagen, daß wesentliche Erhöhungen unseres Einkommens nur durch die Organisation geschaffen worden sind. Ob sie genügen, uns in die Lage zu versetzen, gut leben zu können, ist ja heute eine besondere Frierfrage. Unablässig aber müssen wir in Zukunft tätig sein, denn schlimme Zeiten stehen uns bevor und da heißt es umso mehr: „Zusammenhalten!“

Zum Dezember wird die weitere Erhöhung der Teuerungszulage kommen und ich nehme an, sie wird ebenso glatt eingeführt, wie die Zulage im August. Die Kollegenschaft wird dadurch in die Lage versetzt, ihre Verhältnisse um Weniges zu verbessern, aber fragen müssen wir uns doch, wie lange soll wohl dieser unser jetziger Lohn reichen, wenn überall auf die allerwichtigsten Lebens- und Gebrauchsmittel fortwährend Preiserhöhungen und das nicht im geringen Maße zu verzeichnen sind. Täglich steigt der Preis dieser oder jener Ware, unsere Löhne aber haben nur in längeren Perioden eine Erhöhung erfahren. Ungeheuer schwer wird es dem Arbeiter und der Arbeiterin, das bisherige Leben zu fristen, von freudigen Dingen ganz abgesehen, und immer schlimmer zerrt dies Leben an der Gesundheit des Einzelnen und wenn wir da nicht wach und reg sind, dann geht es um so schneller mit uns bergab. Es heißt da auch für uns, die Reihen zu schließen, um durch die Organisation noch weit mehr Besserungen in unserer Lebenshaltung erzielen zu können. Einzelne sind wir zu schwach dazu, doch in der Masse sind wir die Kraft und werden uns mit dieser Kraft unser Leben besser, schöner und reicher gestalten können.

In diese Zeit des krassesten persönlichen Egoismus laßt den Egoismus der Gemeinamkeit treten, Sorge nicht allein für dich, sondern auch für deine Kollegen und Kolleginnen. Die Gewerkschaften sollen der Hort sein, wo den Berufsangehörigen in allen Lebensfragen und -lagen Unterstützung und Aufklärung wird, daß dies möglich sein wird, dazu muß jeder beitragen und jeder kann, so gut wie es geht, für das gemeinsame Interesse der Kollegenschaft wirken und am edlen Werte bauen helfen. Ihr, die ihr abseits steht, tretet ein in unsere Reihen! Laßt nicht nur andere sorgen und kämpfen, sondern sorgt und kämpft selber mit und ihr könnt glauben, ihr findet Genugtuung an euch selbst und euer Leben gewinnt, wenn ihr in unseren Reihen steht.

S. L. S.

Korrespondenzen.

Baunzen. Am 26. September fand eine Mitgliederversammlung statt, die sich leider keines guten Besuchs erfreute. Es muß deshalb an die Baunzner Kollegenschaft das dringende Ersuchen gerichtet werden, derartigen Veranstaltungen etwas mehr Interesse entgegenzubringen. Denn gerade die jetzige Zeit und der Umstand, daß die Betriebsleitung der Firma, Gebr. Weigang, Entlassungen wegen Betriebs Einschränkung vorgenommen hat, macht es jedem Mitglied zur Pflicht, die Veranstaltungen der Zahlstelle zu besuchen. Der anwesende Gauleiter, Kollege Herrmann, hielt einleitend einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Der Weltkrieg und welche Lehren zieht die Arbeiterenschaft daraus“. Sodann berichtete er nochmals über die wichtigsten Beschlüsse des letzten Verbandstages, wobei er besonders das neue Beitragsystem erläuterte und die Notwendigkeit einer Beitragsreform vor Augen führte. Er zerstreute besonders die Bedenken einzelner Mitglieder, die da glaubten, die Erhöhung nicht tragen zu können. Besonders wies er darauf hin, daß bei der unsicheren Lage ihrer Existenz die Baunzner Kollegenschaft ein großes Interesse daran haben müßte, daß die Staffverhältnisse der Organisation so gestaltet würden, daß sie eventuell auch den von Baunzner Mitgliedern an sie gestellten Anforderungen gerecht werden könne. In früheren Zeiten habe die Organisation in gleichen Verhältnissen, wie sie sich jetzt wieder gestalten könnten, die Baunzner Kollegenschaft tatkräftig unterstützt und dieses Rückhaltes solle man sich bewußt bleiben. Er gab ferner noch bekannt, daß in allen Gauabteilungen die erhöhten Beiträge ohne Mitgliederverluste durchgeführt worden seien. Was dort möglich sei, müsse auch in Baunzen ohne Schwierigkeiten zur Einführung gelangen können. In einem Appell an die Anwesenden, die Zaghaften und Wankehmütigen anzuklären, schloß er seine Ausführungen.

Unter Verschiedenem wurden noch einige eingetragene Angelegenheiten einzelner Mitarbeiterinnen zur Sprache gebracht.

Hundschau.

Zubiläumsspenden. Anlässlich seines 25jährigen Bestehens des Verlages und Druckerei der Dresdener Neuesten Nachrichten wurde von den Geschäftsinhabern Volk u. Co. eine Summe von 100 000 M. ausgeschrieben. 40 000 M. wurden dem Verein „Heimatbank“ und sonstigen wohltätigen Stiftungen zugewiesen. 60 000 M. kamen an das kaufmännische und technische Personal zur Verteilung. Unsere Kollegenschaft wurde, außer einem Jubilar, der 400 M. erhielt, mit Geschenken von 10-125 M., je nach der Beschäftigungsdauer, bedacht. Auch die im Felde stehenden Kollegen wurden seitens der Geschäftsleitung durch Zuweisung von je 25 M. erfreut. Deren Frauen werden schon seit Kriegsbeginn mit 6 M. und 1 M. für jedes Kind wöchentlich aus der Geschäftskasse unterstützt.

Desgleichen wurden die Ferien des technischen Personals, die bis dato eine Dauer von 5 Tagen erreichten, auf 10 Tage bei 10jährigen und 14 Tage bei 15jährigen Tätigkeit im Geschäft verlängert und treten sofort in Kraft.

Teuerungszulagen in Oesterreich. Gleich den Buchdruckerei-Hilfspersonalen haben auch die im österr. Einzelver-Bund organisierten Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Nieder-Oesterreichs nach getroffenen Vereinbarungen ab 16. September folgende Teuerungszulagen erhalten: Männliche verheiratete Hilfsarbeiter, je nach der Lohnklasse, in die der betreffende Druckort eingereicht ist: 4, 5, 6 und 9 Kronen; männliche ledige Hilfsarbeiter: 2, 3, 4 und 6 Kronen; Hilfsarbeiterinnen: 2, 3, 4 und 6 Kronen und Lehrmädchen: 1, 1,50, 2 und 3 Kronen. Die Durchführungsbestimmungen sind denen für die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter gleich.

Eine „Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Verbände und Vereinigungen des graphischen Gewerbes“ wurde vor kurzem auf direkten Wunsch der bayerischen Staatsregierung gegründet. Dem graphischen Gewerbe in Bayern wurde von der Regierung nachhaltige Unterstützung dahingehend zugesagt, daß bei der Vergabung von Druckaufträgen von Reichsbehörden, Kriegs- und Wirtschaftsgesellschaften ein der Größe des Bundesstaats entsprechender Anteil des Bedarfs der Arbeitsgemeinschaft zugeteilt werde, die für eine gerechte Verteilung der Aufträge innerhalb des Buch- und Steinruckergewerbes in ganz Bayern durch die ins Leben gerufenen Fachaus-schüsse zu sorgen hat. Vorsitzender dieser Arbeitsgemeinschaft ist der Buchdruckereibesitzer F. W. Graf in München.

Ein Buchdruckerstreik in Innsbruck. Wegen der Forderung nach höheren Löhnen traten die Buchdrucker- und Steindruckergehilfen in der letzten Septemberwoche in den Ausstand, der nach viertägiger Dauer mit einem vollen Erfolg der Gehilfen am 30. September beendet wurde. Ob auch unsere Kollegenschaft an der Bewegung beteiligt war, konnten wir nicht erfahren.

Adressenveränderungen.

Cassel. Die Leitung der Zahlstelle hat bis auf weiteres der 2. Vorsitzende, D. Wendrodt, Schillstraße 6, übernommen.

Abrechnungen.

Das 3. Quartal haben bis zum 15. Oktober abgerechnet:

Baun 393,95, Breslau 290,10, Chemnitz 148,55, Cottbus 48,74, Eberwalde 151,88, Görlitz 33,47, Hannover 664,75, Hirschberg 30,01, Kaufbeuren 98,50, Kempten 170,—, Regensburg 281,25, Stettin 67,84, Walzenburg 14,03, Zittau 131,50 M.

S. Sodahl.

Briefkasten.

Wegen Raummangel mußte die Fortsetzung des Artikels „Der Arbeiterkontrollleur und seine Funktionen“ zurückgestellt werden. Aus demselben Grunde erscheint ein Bericht aus Dresden sowie eine Einsendung aus Hamburg erst in nächster Nummer.

Nachruf.

Am 6. Oktober verstarb schnell und unerwartet unser Mitglied

Lina Gütler.

Durch ihr jederzeitiges Eintreten für die Interessen ihrer Mitarbeiterschaft bei der Firma S. Springer verkörperte sie in ihr eine gute und treue Kollegin, deren Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Mitgliedschaft Leipzig.

Ehren-Cafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Nach vierjährigen Strapazen und heißem Ringen in Ost und West mußte auch unser lieber Kollege, der Rotationsarbeiter

Heinrich Mägerlein

(Firma D. Wonde)

sein junges Leben auf dem Schlachtfelde lassen.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Zahlstelle Alsenburg S.-M.

Die nächste Nummer der „Solidarität“ erscheint am 2. November 1918. — Redaktionsschluß am 28. Oktober 1918.

Kassenbericht vom 2. Quartal 1918.

In der Zeit vom 1. April bis 30. Juni wurden 672 und zwar 129 männliche und 543 weibliche Mitglieder aufgenommen. In der gleichen Zeit sind 220 männliche und 711 weibliche, zusammen 931 Mitglieder ausgeschieden, darunter befinden sich 97 zum Heeresdienst einberufenen. Von den Mitgliedern waren 21 männliche mit 234 Tagen und 194 weibliche mit 3349 Tagen, zusammen 215 Mitglieder mit 3683 Tagen arbeitslos. Krank waren 997 Mitglieder während 29 662 Tagen, davon 178 männliche mit 6035 Tagen und 819 weibliche mit 23 627 Tagen.

Die Einnahmen stellten sich auf 60 403,51 Mark. Davon kommen auf die Zahlstellen 59 003,27 Mark und auf die Hauptkasse 1400,24 M. Demgegenüber stehen 51 049,14 M. an Ausgaben, wovon 30 943,06 M. auf die Zahlstellen und 20 106,08 M. auf die Verbandskasse entfallen. Es bleibt somit ein Ueberschuß von 9354,37 M.

Die Ausgaben betragen für:

Unterstützungen 14 063,70 M., darunter Arbeitslosenunterstützung 1344,85 M., Krankenunterstützung 6762,85 M., Streifenunterstützung 41,— Mark, Kriegsunterstützung 5915,— M.

Agitation 1022,61 M., davon hatten die Zahlstellen 233,80 M. und die Gaue 788,81 M.

Verbandszeitung 9656,45 M., davon für Druck und Expedition 8673,95 M., für Mitarbeit 19,50 M., Gehalt der Redaktion 945,— M. Sonstiges 18,— M.

Verwaltung 4913,32 M., davon 3566,68 M. Prozente und 233,13 M. sonstige Ausgaben in den Zahlstellen, ferner 571,70 M. Bürountkosten, 347,39 Mark Materialien, 100,— M. für Sitzungen und 94,92 M. für Post im Verbandsvorstand.

Beiträge für Kranken-, Angestellten- und Invalidenversicherung 1896,42 M., davon 1092,39 Mark in den Zahlstellen und 804,03 M. im Verbandsvorstand.

Gehälter und Entschädigungen 12 277,93 M., davon 9134,23 M. in den Zahlstellen und 3143,75 M. im Verbandsvorstand.

Reisekosten 732,10 M., davon Kongreßkosten und Nachzahlung vom Verbandstag 586,16 Mark und 146,— M. Reisekosten des Verbandsvorstandes.

Literatur 108,18 M., davon 74,93 M. für Zeitungsabonnement und 33,25 M. für Broschüren.

Druckkosten 852,45 M., davon 200 M. für Beitragsmarken und 652,45 M. für Statutennachträge und Krankenquittungsformulare. Außerdem wurden noch 369,50 M. Beiträge an die Generalkommission, 535 M. für die stenographische Aufnahme des Verbandstagsprotokolls gezahlt.

Von den 4620,93 M. verbliebenen Vorschüssen kommen 3637,52 M. als von früheren Quartalen laufend in Betracht, während 983,41 M. an Zuschüssen erforderlich waren.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse vom 1. Juli bis 30. September 1918.

Einnahmen		Mark	Pf.	Ausgaben		Mark	Pf.
An Bestand vom 30. Juni 1918		223	533	Per Unterstützungen		14	063
„ Eintrittsgeld: 4 Marken à 20 Pfg.	—,80 M.			„ Agitationskosten		1	022
„ „ 30 „ „ 30 „	9,— „			„ Druck, Expedition und Redaktion der „Solidarität“		9	656
„ „ 125 „ „ 40 „	50,— „			„ Verwaltungsausgaben der Zahlstellen		3	799
„ „ 201 „ „ 50 „	100,50 „			„ Verwaltungsausgaben des Verbandsvorstandes		1	114
„ „ 78 „ „ 60 „	46,80 „			„ Kranken-, Angestellten u. Versicherung		1	896
„ „ 162 „ „ 70 „	113,40 „	320	50	„ Gehälter und Entschädigungen		12	277
„ Beiträgen: 507 Marken à 20 Pfg.	101,40 M.			„ Kongreß- und Reisekosten		7	32
„ „ 6 836 „ „ 30 „	2 050,80 „			„ Literatur		1	08
„ „ 11 382 „ „ 40 „	4 552,80 „			„ Beitrag an die Generalkommission		3	69
„ „ 16 237 „ „ 50 „	8 118,50 „			„ Druckkosten		8	52
„ „ 12 135 „ „ 60 „	7 281,— „			„ Protokoll des Verbandstages		5	35
„ „ 35 313 „ „ 70 „	24 719,10 „	46	823	„ Zuschüsse an die Zahlstellen		4	620
„ Extrabeiträgen: 24 596 Marken à 10 Pfg.	2 459,60 M.			„ Saldo per 1. Oktober 1918		282	887
„ „ 27 384 „ „ 20 „	5 476,80 „						
„ „ 29 „ „ 30 „	8,70 „						
„ „ 75 „ „ 50 „	37,50 „	7	982				
„ sonstigen Einnahmen (Zinsen, Zinsenrate u.)		1	400				
„ verrechneten Vorschüssen		3	876				
Summa		283	936	Summa		283	936

Heinrich Sodahl, Verbandskassierer.

Vorstehende Abrechnung ist auf ihre Richtigkeit mit den Abrechnungen, Büchern, Belegen geprüft und in Übereinstimmung gefunden.

Berlin, den 10. Oktober 1918.

Die Revisionskommission: P. Gudel, Max Sommerfeld, Elise Sanger, E. Bucher, 2. Vorsitzender.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: E. Bucher, Berlin N.D. 18, Eibingerstraße 18 III. Telefon: Amt Königsplatz, Nr. 2222. Druck: Georg Eichler, Berlin S.O. 16, Schmidtstraße 24-25. Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 4045.